

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Inhaltsverzeichnis

---

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT.....	5
EP-Miniplenum am 12./13.11.2014 in Brüssel - Debatte über Steuervermeidung, Assoziierungsabkommen mit Moldawien gebilligt .....	5
EP: Rechtsextreme und EU-Gegner stellen Misstrauensantrag gegen Kommission .....	5
EU-Kommissare veröffentlichen ihre Treffen mit Lobbyisten .....	6
Europaausschuss und Innenausschuss des Bayerischen Landtags in Brüssel .....	6
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR .....	7
ASYL UND MIGRATION .....	7
Kommissar <i>Avramopoulos</i> stellt Prioritäten für EU-Migrationspolitik vor .....	7
EuGH-Generalanwältin <i>Sharpston</i> votiert zum Fall <i>Shepherd</i> .....	7
TERRORISMUSBEKÄMPFUNG.....	8
LIBE-Ausschuss nimmt Beratungen über EU-PNR wieder auf .....	8
VERKEHRSSICHERHEIT .....	8
DEKRA stellt Verkehrssicherheitsreport 2014 zur urbanen Mobilität vor .....	8
SCHIENENVERKEHR .....	9
KOM verabschiedet Verordnung zur Verbesserung der Barrierefreiheit im Bahnverkehr .....	9
LUFTVERKEHR .....	9
Podiumsdiskussion zur Wettbewerbsfähigkeit der EU-Luftverkehrswirtschaft.....	9
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	10
Bayerischer Justizminister <i>Prof. Dr. Bausback</i> lädt in die Bayerische Vertretung zum Dialog der Gerichtshöfe .....	10
Generalanwalt <i>Bot</i> beantragt Abweisung der Klagen Spaniens gegen die Verordnungen zur Umsetzung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung des einheitlichen Patentschutzes .....	10
Rat verabschiedet neue Richtlinie für Schadensersatzklagen bei Kartellrechtsverstößen .....	11
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT .....	12
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung der Eurogruppe am 06.11.2014 .....	12
Wesentliche Ergebnisse des ECOFIN am 08.11.2014 .....	12
BaFin-Chefin <i>Dr. Elke König</i> bei der Besetzung des Vorsitzes der EU-Abwicklungsbehörde in der engeren Wahl .....	13
Neuer Finanzmarktkommissar <i>Hill</i> eröffnet Konferenz zur Kapitalmarktunion.....	13
Kommission legt Vorschlag zur Änderung der EU-Eigenmittelverordnung vor.....	14
Haushaltsverhandlungen zwischen EP und Rat zu Berichtigungshaushalten 2014 und Jahreshaushalt 2015 vorerst gescheitert .....	14
„Lux-Leaks“ erhöht Dynamik bei der Bekämpfung von Steuervermeidung.....	15



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE.....	16
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	16
Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Sechsten Kohäsionsbericht an .....	16
Rat verabschiedet neue Richtlinie für Schadensersatzklagen bei Kartellrechtsverstößen .....	16
AUßENWIRTSCHAFT.....	17
EP stimmt Assoziierungsabkommen der EU mit der Republik Moldau zu .....	17
Bericht über potenziell handelsbeschränkende Massnahmen im Welthandel .....	17
Handelskommissarin <i>Malmström</i> plant neue Transparenzoffensive im Rahmen von TTIP .....	18
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....	18
LANDWIRTSCHAFT.....	18
Ergebnisse der Sitzung des Agrarrats am 10.11.2014 in Brüssel.....	18
Neuer EU-Kommissar für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung <i>Phil Hogan</i> zu Besuch bei Staatsminister <i>Helmut Brunner</i> .....	19
Debatte im AGRI-Ausschuss des EP am 05.11.2014 über die Perspektiven für den EU-Milchsektor .....	19
AGRI-Ausschuss im EP debattiert erneut über Beihilferegulungen zur Abgabe von Gemüse, Obst und Milch in Bildungseinrichtungen .....	20
EFSA veröffentlicht Leitlinien für Risiken im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln .....	20
Emissionsziele bis 2030: Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen des Agrarsektors .....	20
FAO-Studie zu den Auswirkungen des russischen Importembargos .....	21
Europäische Nachhaltigkeitswoche 2015.....	21
Geplante Sitzungstermine im ersten Halbjahr 2015 des Rates für Landwirtschaft und Fischerei der EU .....	21
Geplante Sitzungstermine im ersten Halbjahr 2015 des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP .....	22
Geplante Sitzungstermine im ersten Halbjahr 2015 des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP .....	22
Umweltausschuss des EP (ENVI) stimmt über Anbauzulassung von GVO ab.....	23
Antrittsrede des neuen EU-Kommissars für Klima- und Energiepolitik <i>Arias Cañete</i> .....	23
Studie zu Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit-relevanten Gesetzgebungsbereichen in den TTIP-Verhandlungen veröffentlicht.....	24
Handelskommissarin <i>Malmström</i> plant neue Transparenzoffensive im Rahmen von TTIP .....	24
EU-Kommissare veröffentlichen ihre Treffen mit Lobbyisten .....	25
STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION.....	25
EuGH-Urteil zum Sozialleistungsbezug von EU-Ausländern .....	25
EuGH-Urteil zur Kumulierung von Ansprüchen auf Kindergeld bei Wanderarbeitnehmern.....	26
STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST.....	26
Kommission fordert im Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2014 stärkere Bemühungen der Mitgliedstaaten im Bildungsbereich .....	26



Eurostat: Geringfügig gestiegene Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der EU .....	27
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....</b>	<b>27</b>
UMWELT UND NATURSCHUTZ.....	27
Umweltausschuss des EP (ENVI) stimmt über Anbauzulassung von GVO ab.....	27
Antrittsrede des neuen EU-Kommissars für Klima- und Energiepolitik <i>Arias Cañete</i> .....	28
Kompromiss zur Reduktion von Einweg-Plastiktüten .....	28
EuGH-Urteil zur Einhaltung der Stickstoffdioxid-Grenzwerte in den Mitgliedstaaten.....	28
VERBRAUCHERSCHUTZ .....	29
Verordnung zu neuen Transparenzmassnahmen für Anlegerinformationen verabschiedet .....	29
EuGH-Urteil über Verantwortung des Lebensmitteleinzelhandels für den Verkauf von Geflügelfleisch mit Salmonellen .....	29
Studie zu Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit-relevanten Gesetzgebungsbereichen in den TTIP-Verhandlungen veröffentlicht.....	30
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>30</b>
Ebola: EU-Außenminister beraten über Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie .....	30
eHealth-Netzwerk: Leitlinien für die Nutzung von elektronischen Rezepten.....	31
7. Europäischer Antibiotikatag .....	31
<b>IUK- UND MEDIENPOLITIK.....</b>	<b>32</b>
Spanien verabschiedet „Google-Gesetz“ .....	32
Wettbewerbskommissarin <i>Margrethe Vestager</i> bezieht Stellung zum Kartellrechtsverfahren gegen Google .....	32
Konferenz der Internationalen Fernmeldeunion in Südkorea.....	32



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

---

### EP-MINIPLENUM AM 12./13.11.2014 IN BRÜSSEL - DEBATTE ÜBER STEUERVERMEIDUNG, ASSOZIIERUNGSABKOMMEN MIT MOLDAWIEN GEBILLIGT

Aufgrund der Medienberichte über Steuerpraktiken in Luxemburg nahm *Jean-Claude Juncker* kurzfristig am EP-Miniplenium teil. Er betonte, dass er als Kommissionspräsident und nicht als ehemaliger Premierminister Stellung nehme. In Luxemburg sei das Steuerrecht eingehalten worden, er könne weder eine illegale Praxis noch einen Interessenskonflikt für sich selbst erkennen. Ermittlungen über Steuerpraktiken, die unzulässige Beihilfen darstellen könnten, liefen gegen mehrere Mitgliedstaaten. Wettbewerbskommissarin *Vestager*, die die Ermittlungen führt, sei völlig frei in ihrem Handeln, er werde nicht eingreifen. Exzesse bei der Steuervermeidung seien aufgrund fehlender Steuerharmonisierung in Europa möglich geworden. Daher sehe die Kommission dringenden Handlungsbedarf und habe beschlossen, sich für den automatischen Informationsaustausch zu Steuerabsprachen für Konzerne einzusetzen.

Das EP billigte mit großer Mehrheit das Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau, zu dem auch ein umfassendes und weitreichendes Freihandelsabkommen gehört. Es war beim ER am 26./27.06.2014 unterzeichnet worden (EB 13/14) und soll Grundlage für eine stärkere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Moldawien sein sowie gegenseitigen freien Marktzugang gewähren. In einer dazugehörigen Entschließung vermeidet das EP eine ausdrückliche Beitrittsperspektive, betont aber wie bereits in einer ähnlichen Entschließung zur Ukraine, dass die Unterzeichnung und Ratifizierung des Assoziierungsabkommens nicht das finale Ziel der EU-Moldau-Beziehungen sei.

Die Beschlüsse des Miniplenums finden sich unter:

[http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html#banner\\_session\\_live](http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html#banner_session_live)

### EP: RECHTSEXTREME UND EU-GEGNER STELLEN MISSTRAUENSANTRAG GEGEN KOMMISSION

Auf Antrag von 76 Europaabgeordneten aus der EFDD-Fraktion (EU-Gegner um den britischen UKIP-Vorsitzenden *Farage*), 20 Abgeordneten der französischen Front National um *Marine Le Pen* und weiteren fraktionslosen Abgeordneten wird das EP in der kommenden Woche in Straßburg über einen Mißtrauensantrag gegen die Kommission debattieren und abstimmen. Die EP-Geschäftsordnung sieht dies vor, sobald mehr als 10 % der Mitglieder des EP (751) den Antrag unterschrieben haben. Ein erfolgreicher Misstrauensantrag erfordert zwei Drittel der Mitglieder des EP; der Antrag wird von den großen Fraktionen abgelehnt und hat daher keine Aussicht auf Erfolg. Der Misstrauensantrag richtet sich gegen Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* und steht in Zusammenhang mit Vorwürfen gegen die Steuerpolitik zu *Junckers* Zeit als Premier- und Finanzminister Luxemburgs.



## EU-KOMMISSARE VERÖFFENTLICHEN IHRE TREFFEN MIT LOBBYISTEN

Die Kommission wird ab dem 01.12.2014 alle Kontakte der Kommissare, ihrer Kabinettsmitarbeiter und der Generaldirektoren mit Interessenvertretern und Lobbyisten auf ihrer Website veröffentlichen. Dies gab Kommissionsvizepräsident *Timmermans* am 19.11.2014 bekannt. Er forderte gleichzeitig das EP auf, entsprechende Treffen von Abgeordneten ebenfalls offenzulegen. Die Kommission wies darauf hin, dass Präsident *Juncker* bereits vor seinem Amtsantritt mehr Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten versprochen habe.

Pressemitteilung:

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12877\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12877_de.htm)

## EUROPAAUSSCHUSS UND INNENAUSSCHUSS DES BAYERISCHEN LANDTAGS IN BRÜSSEL

Vom 09. - 11.11.2014 befand sich der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Bayerischen Landtags unter Führung des Ausschussvorsitzenden *Dr. Franz Rieger* und seines Stellvertreters *Dr. Linus Förster* zu einer Informationsreise in Brüssel. Dabei trafen die 14 teilnehmenden Abgeordneten zu einem Austausch mit dem Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, *Günther Oettinger*, und mit mehreren bayerischen Europaabgeordneten zusammen. In weiteren Gesprächen wurden die Themen Energieversorgung bis 2030, Flüchtlingspolitik, Datenschutz, soziale Dimension der Währungsunion sowie die Arbeit an einer EU-Strategie für den Alpenraum mit Vertretern der EU-Institutionen diskutiert. Darüber hinaus nahmen die Abgeordneten an einer Abendveranstaltung zum Thema Grundrechtsschutz in Europa mit dem Bayerischen Staatsminister der Justiz, *Prof. Winfried Bausback*, in der Bayerischen Vertretung teil.

Vom 18. - 20.11.2014 kam außerdem der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags zu nach Brüssel. Neben dem Ausschussvorsitzenden *Dr. Florian Herrmann* und seiner Stellvertreterin *Eva Gottstein* nahmen 15 weitere Abgeordnete an der Reise teil. Der Ausschuss traf sich zu Gesprächen mit Vertretern der Kommission und dem Europabüro der Bayerischen Kommunen, wobei es u. a. um sicherheitspolitische Themen und Strukturförderung ging. Außerdem gab es einen Austausch zum Thema Datenschutz mit dem Berater von MdEP *Albrecht* (Grüne/DEU).



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

### ASYL UND MIGRATION

#### KOMMISSAR AVRAMOPOULOS STELLT PRIORITÄTEN FÜR EU-MIGRATIONSPOLITIK VOR

Der neue Kommissar für Migration, Inneres und Unionsbürgerschaft, *Dimitris Avramopoulos*, hat am 10.11.2014 in Rom seine Prioritäten für die Fortentwicklung der EU-Migrationspolitik dargestellt. Anlass war die Konferenz „Grundrechte und Migration“ unter Schirmherrschaft der ITA-Ratspräsidentschaft. *Avramopoulos* machte deutlich, dass er den Schutz der Menschenrechte von Migranten – unabhängig von deren Status – als alternativlos ansieht. Er forderte, einerseits die Möglichkeiten der legalen Migration in die EU zu verbessern, andererseits stärker gegen Schleuserbanden vorzugehen. *Avramopoulos* betonte die besondere Verantwortung für den Schutz von Kindern und regte zur Verbesserung der Integration von Migranten eine engere Zusammenarbeit mit Kommunen und Regionen an. *Avramopoulos* kündigte eine Konferenz der KOM am 25.11.2014 an, bei der weitere Vorschläge für die Migrationspolitik erarbeitet werden sollen.

Weitere Informationen:

Rede von Kommissar *Avramopoulos*:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-1601\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-1601_en.htm)

#### EUGH-GENERALANWÄLTIN SHARPSTON VOTIERT ZUM FALL MILITÄRANGEHÖRIGE UND ASYL

EuGH-Generalanwältin *Eleanor Sharpston* hat am 11.11.2014 in der Rechtssache C-472/13 votiert, dass nicht zur kämpfenden Truppe gehörende Militärangehörige – sofern sie durch den Militärdienst in die Begehung von Kriegsverbrechen verwickelt werden könnten – Asyl beanspruchen können, wenn sie eine Strafverfolgung oder Bestrafung wegen Verweigerung des Militärdienstes befürchten.

Weitere Informationen:

PM des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-11/cp140147de.pdf>

Schlussanträge des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-472/13>



## TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

### LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERATUNGEN ÜBER EU-PNR WIEDER AUF

Der LIBE-Ausschuss des EP hat am 11.11.2014 die Beratung über den Vorschlag der KOM aus 2011 über ein EU-PNR-System zur Erfassung von Passagierdaten für Zwecke wie Untersuchung, Prävention und Verhinderung von kriminellen Taten wieder aufgenommen. Der Ausschuss hatte den Vorschlag zuletzt im April 2013 beraten und mit 30 zu 25 Stimmen abgelehnt, da er als nicht für die Sicherheit erforderlich angesehen worden war. Die erneute Beratung des Vorschlags, der die Erfassung von Passagierdaten bei Flügen aus der EU in Drittstaaten sowie aus Drittstaaten in die EU vorsieht, wurde vor dem Hintergrund der wachsenden Terrorgefahr durch zurückkehrende Foreign Fighters angesetzt. „Die Bedrohung für die Europäische Union ist weitaus größer als noch vor einem Jahr, weshalb es dringend notwendig ist, dass es eigene Richtlinien zur Handhabung von Passagierdaten für Europa gibt, um kriminelle Taten verhindern zu können“, so der britische Berichterstatter MdEP *Timothy Kirkhope* (Conservative Party, Fraktion EKR) zur Begründung der Initiative. MdEP *Kirkhope* hat ein Treffen der Schatten-Berichterstatter der Fraktionen angekündigt, um Schritte für eine möglichst schnelle Einigung über das Vorhaben zu beschließen.

Weitere Informationen:

PM des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/MEPs-debate-plans-to-use-EU-Passenger-Name-Record-data-to-fight-terrorism>

EU-Außenstrategie zur Übermittlung von Fluggastdaten (PNR):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-10-1150\\_de.htm?locale=de](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-10-1150_de.htm?locale=de)

Memo der KOM zu PNR:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-10-431\\_de.htm?locale=de](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-10-431_de.htm?locale=de)

## VERKEHRSSICHERHEIT

### DEKRA STELLT VERKEHRSSICHERHEITSREPORT 2014 ZUR URBANEN MOBILITÄT VOR

Am 19.11.2014 stellte die die Prüforganisation DEKRA in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel den Verkehrssicherheitsreport 2014 zur urbanen Mobilität vor. Seit der Unterzeichnung der EU-Verkehrssicherheitscharta von Dublin 2004 ist die Zahl der Verkehrstoten in der EU von etwa 48.000 im Jahr 2004 auf ca. 26.000 im Jahr 2013 gefallen. 2013 war aufgrund des kurzen Winters ein geringer Anstieg zu verzeichnen, der auf vermehrte Unfallopfer bei den Motorradfahrern zurückzuführen ist. DEKRA sieht insbesondere in der städtischen Mobilität großes Potential, um die Zahlen weiter zu drücken. Dafür müsse die Politik entsprechende Rahmenbedingungen setzen; Unternehmen sollten Technik wie z.B. Fahrassistenzsysteme weiterentwickeln und junge Fahrer sollten stärker aufgeklärt werden, da bisher drei von vier Fahrzeugen, die von jungen Fahrern geführt werden, stark mangelhaft seien.





Weitere Informationen:

DEKRA Verkehrssicherheitsreport 2014 – Urbane Mobilität:

[www.dekra-vision-zero.com](http://www.dekra-vision-zero.com)

## SCHIENENVERKEHR

### KOM VERABSCHIEDET VERORDNUNG ZUR VERBESSERUNG DER BARRIEREFREIHEIT IM BAHNVERKEHR

Die KOM hat am 18.11.2014 eine Verordnung erlassen, mit der verbindliche Anforderungen für die Barrierefreiheit im Schienenverkehrssystem festgelegt werden. Die zum 01.01.2015 in Kraft tretende Verordnung über Technische Spezifikationen für die Interoperabilität im Eisenbahnsystem sieht u.a. vor, dass auf den Bahnhöfen im europäischen Schienennetz Bodenleitsysteme installiert werden, damit sich blinde und stark sehbehinderte Menschen besser in den Gebäuden orientieren und sich selbstständig bewegen können. Außerdem müssen die Türöffnungen vergrößert und alle Zugbereiche besser ausgeleuchtet werden. Die Rampen in den Rollstuhlbereichen sollen abgeflacht werden. In den Anwendungsbereich der Verordnung fallen neue Infrastrukturen sowie bestehende und bereits in Betrieb befindliche, sofern diese erneuert oder umgerüstet werden. Zur Umsetzung der Verordnung sind nationale Umsetzungspläne vorgesehen.

Weitere Informationen:

PM der KOM:

[http://ec.europa.eu/transport/modes/rail/news/tsi\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/modes/rail/news/tsi_en.htm)

Verordnung der KOM:

[http://ec.europa.eu/transport/modes/rail/news/doc/tsi/regulation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/modes/rail/news/doc/tsi/regulation_de.pdf)

## LUFTVERKEHR

### PODIUMSDISKUSSION ZUR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EU-LUFTVERKEHRSWIRTSCHAFT

Am 12.11.2014 fand in der Bayerischen Vertretung eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Luftverkehrswirtschaft statt. Erstmals kamen hierzu auf europäischer Ebene Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit hochrangigen EU-Politikern verschiedener Fraktionen zusammen, darunter der EVP-Fraktionsvorsitzende *Manfred Weber*, der stv. Vorsitzende der Fraktion S&D, *Knut Fleckenstein*, sowie zahlreiche Abgeordnete aus dem Verkehrsausschuss und weiteren Ausschüssen des EP, Vertreter der Kommission und des Rates. Bei allen Auffassungsunterschieden zu Detailfragen bestand Einigkeit darin, dass die Luftverkehrsunternehmen der EU einem wachsenden Druck durch Anbieter aus Drittstaaten ausgesetzt sind, die im Markt mit günstigen Tarifen Erfolge erzielen, die zum Teil deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen geschuldet sind, als sie Arbeitnehmer in der EU vorfinden. Ebenso wurden staatliche Subventionen an die Wettbewerber sowie Rahmenbedingungen im Luftverkehrsmarkt in der EU kritisiert, die als wachstumshemmend bewertet werden. Konkrete Kritik äußerten die Teilnehmer u.a. an der Luftverkehrssteuer in Deutschland, der schleppenden



Umsetzung von Single European Sky, einseitigen Vorgaben der EU für den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel (ETS), zusätzlicher Regulierung bei Passagierrechten, sowie dem Vorschlag der KOM für die Neuordnung der Bodenverkehrsdienste. Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern forderten die Vertreter der EU-Intuitionen auf, mit Blick auf die Schlüsselstellung des Luftverkehrs für viele Wirtschaftszweige weitere Belastungen zu vermeiden und der Branche den Rücken zu stärken. Gefordert wurde zudem eine europäische Luftverkehrskonferenz auf Minister-Ebene, um Vorschläge für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg zu bringen.

## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### **BAYERISCHER JUSTIZMINISTER *PROF. DR. BAUSBACK* LÄDT IN DIE BAYERISCHE VERTRETUNG ZUM DIALOG DER GERICHTSHÖFE**

Unter dem Titel Grundrechtsschutz in Europa – nach dem Motto „Viel hilft viel und mehr hilft besser“ lud der Bayerische Justizminister, *Prof. Dr. Winfried Bausback*, MdL, am 10.11.2014 zu einem Dialog der Gerichtshöfe in die Bayerische Vertretung in Brüssel. Auf dem Podium zu Impulsreferaten und einer anschließenden Diskussionsrunde konnte er hierfür hochrangige Vertreter der Gerichtshöfe begrüßen: die österreichische Kollegin Frau *Prof. Dr. Berger* vom EuGH, Frau *Dr. Jaeger*, die in ihrer Laufbahn als Richterin nicht nur dem BVerfG, sondern auch dem EGMR angehört hatte und *Prof. Dr. Huber* vom BVerfG.

### **GENERALANWALT *BOT* BEANTRAGT ABWEISUNG DER KLAGEN SPANIENS GEGEN DIE VERORDNUNGEN ZUR UMSETZUNG DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER SCHAFFUNG DES EINHEITLICHEN PATENTSCHUTZES**

In seinen Schlussanträgen vom 18.11.2014 schlägt Generalanwalt *Yves Bot* in den Rechtssachen Spanien/Parlament und Rat (C-146/13) und Spanien/Rat (C-147/13) die Abweisung der Klagen vor. Spanien hatte im März 2013 zwei Klagen eingereicht, mit dem Ziel die Verordnungen über die Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes (Nr. 1257/2012) und im Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen (Nr. 1260/2012), die Teil des „Europäischen Patentpakets“ (EB 22/12) sind, für nichtig erklären zu lassen. Hilfsweise beantragte Spanien zumindest die teilweise Nichtigerklärung der angefochtenen Verordnungen. Aus Sicht des Generalanwalts sind allen Anträgen die Erfolgsaussichten abzusprechen.

Die Anträge des Generalbundesanwalts sind für den EuGH nicht bindend, in den meisten Fällen folgt er ihnen jedoch.



Pressemitteilung des EuGH in Rechtssachen C-146/13 und C-147/13 mit Link zu den Schlussanträgen:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-11/cp140152de.pdf>

Verordnung Nr. 1257/2012 über die Schaffung eines einheitlichen Rechtsschutzes:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32012R1257&qid=1416299728406&from=DE>

Verordnung Nr. 1260/2012 im Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32012R1260&qid=1416300994674&from=DE>

Klageschrift Spanien/Parlament und Rat C-146/13:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=137928&pageIndex=208733>

Klageschrift Spanien/Rat C-147/13:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=207984>

## **RAT VERABSCHIEDET NEUE RICHTLINIE FÜR SCHADENSERSATZKLAGEN BEI KARTELLRECHTSVERSTÖßEN**

Am 10.11.2014 nahm der Ministerrat für Landwirtschaft und Fischerei ohne weitere Aussprache einen Richtlinienvorschlag der Kommission vom 11.06.2013 (EB 11/13) an, der dafür sorgen soll, dass diejenigen, die durch Verstöße gegen das Kartellrecht Nachteile erleiden, leichter an Schadensersatz gelangen können. Zwar steht den Betroffenen nach EU-Recht schon jetzt Schadensersatz zu, doch in der Praxis sehen sie sich bei dessen Geltendmachung oft verfahrensrechtlichen Problemen gegenüber.

Die jetzt angenommene Fassung spiegelt einen Kompromiss wider, den Rat, EP und Kommission im März diesen Jahres im Rahmen von Trilogverhandlungen gefunden hatten. Den Kompromiss nicht unterstützt hatten allerdings Deutschland, Polen und Slowenien, die sich auf dem Rat bei der Abstimmung enthalten haben. Das EP-Plenum hatte bereits im April in erster Lesung dieses Ergebnis gebilligt.

Nach Veröffentlichung im Amtsblatt haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die Regelungen in nationales Recht zu übertragen. Nach sechs Jahren will die Kommission die Richtlinie evaluieren und hierzu dann einen Bericht vorlegen.

Pressemitteilung des Rates vom 10.11.2014 (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/145702.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/145702.pdf)

Abweichende Stellungnahme der deutschen, polnischen und slowenischen Delegation vom 03.11.2014 (in englischer Sprache):

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2014680%202014%20ADD%201>

Pressemitteilung der Kommission vom 10.11.2014:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1580\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1580_de.htm)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

---

### WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE AM 06.11.2014

Am 06.11.2014 trafen sich im Vorfeld des ECOFIN-Rates die Finanzminister der Eurogruppe. Wesentliche Themen waren der Sachstand in den verbliebenen Programmländern Zypern und Griechenland sowie die wirtschaftliche und fiskalpolitische Lage der Eurozone. Auf Basis der neuen Herbstprognose der Kommission betonten die Finanzminister der Eurozone die Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und Investitionen, um die Wachstumsschwäche zu überwinden. Zudem gab Eurogruppenchef *Dijsselbloem* einen kurzen Bericht zum Eurogipfel am 24.10.2014, und die Vorsitzende des Aufsichtsgremiums in der EZB, *Danièle Nouy*, erläuterte die Ergebnisse der umfassenden Bilanzprüfung und des Stresstests. Die nächste reguläre Eurogruppensitzung ist am 08.12.2014 angesetzt. Darüber hinaus findet wahrscheinlich in der ersten Dezemberwoche eine weitere Sitzung zu den Bewertungen der Haushaltspläne der Euroländer für 2015 durch die Kommission statt.

Pressemitteilung der Eurogruppe (in englischer Sprache):

<http://eurozone.europa.eu/newsroom/news/2014/11/eurogroup-supports-precautionary-credit-line-for-greece/>

Anmerkungen von Eurogruppenchef *Dijsselbloem* (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/145673.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/145673.pdf)

### WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN AM 08.11.2014

Am 07.11.2014 traf sich in Brüssel der Rat für Wirtschaft und Währung. Wesentliche Themen waren die hohen Nachzahlungsforderungen an Mitgliedstaaten im Rahmen des BNE-Saldenausgleichs sowie der Sachstand bei der Finanztransaktionssteuer und der Standard-Mehrwertsteuererklärung. Die angestrebte politische Einigung zu der allgemeinen Missbrauchsklausel in der Mutter-Tochter-Richtlinie kam wegen Parlamentsvorbehalten in zwei Mitgliedstaaten noch nicht zustande. Zudem beschlossen die EU-Finanzminister zur Vorbereitung der Klimakonferenz in Lima Schlussfolgerungen zur Klimaschutzfinanzierung sowie zur EU-Statistik, in denen sie die wachsende Bedeutung statistischer Daten für die Planung, Entscheidungsfindung und Überwachung politischer Initiativen betonten. Außerdem entschied der ECOFIN, einer delegierten Verordnung über das vorläufige System der Beitragsvorauszahlungen zur Deckung der Verwaltungsausgaben des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung während der Übergangsfrist sowie zwei technischen Regulierungsstandards zur Festlegung der Methode zur Bestimmung global systemrelevanter Institute und zur Festlegung der Teilkategorien global systemrelevanter Institute (Umsetzung von CRD IV) nicht zu widersprechen. Zum Untersuchungsbericht der Kommission über das Europäische Finanzaufsichtssystem vom 08.08.2014 (EB 15/14) wurden Ratschlussfolgerungen angenommen, in denen die Mitgliedstaaten die kurzfristigen Vorschläge der Kommission zur Verbesserung



der Europäischen Aufsichtsbehörden unterstützen, allerdings bei den angedachten mittel- bis langfristigen Maßnahmen weiteren Diskussionsbedarf sehen.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/145700.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/145700.pdf)

Pressemitteilung des Rates zum BNE-Saldenausgleich (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/145688.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/145688.pdf)

Ratsschlussfolgerungen zur Überprüfung der Finanzaufsichtsstruktur (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/145696.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/145696.pdf)

Ratsschlussfolgerungen zur EU-Statistik (in englischer Sprache):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/14/st13/st13845.en14.pdf>

### **BAFIN-CHEFIN DR. ELKE KÖNIG BEI DER BESETZUNG DES VORSITZES DER EU-ABWICKLUNGSBEHÖRDE IN DER ENGEREN WAHL**

Am 19.11.2014 hat die Kommission eine Liste mit sechs Kandidaten veröffentlicht, die für die Besetzung des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes im Abwicklungsgremium (engl. Single Resolution Board), der Abwicklungsbehörde im Einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (SRM), in die engere Wahl kommen. Dies ist Ergebnis einer im Sommer durchgeführten Ausschreibung. Für den Vorsitz ist neben den Belgiern *Luc Coene* und *Philippe Maystadt* auch die deutsche Ökonomin *Dr. Elke König* genannt. König ist seit Januar 2012 Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Bonn. Die Finnen *Pentti Hakkarainen* und *Timo Löyttyniemi* sowie der Niederländerin *Arianne Joanne Kellermann* sind als stellvertretende Vorsitzende im Gespräch. EP und Rat wurden hierüber informiert. Nach Anhörungen im EP wird die Kommission einen Vorschlag für die Besetzung des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes beschließen, dem das EP zustimmen muss. Die Ernennung erfolgt anschließend durch den Rat mit qualifizierter Mehrheit. Dies soll noch vor Weihnachten erfolgen.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEX-14-1962\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-14-1962_en.pdf)

### **NEUER FINANZMARKTKOMMISSAR HILL ERÖFFNET KONFERENZ ZUR KAPITALMARKTUNION**

Am 06.11.2014 fand eine hochrangige Konferenz „Wachstumsfinanzierung - Hin zu einer Kapitalmarktunion“ statt, zu der der neue Finanzmarktkommissar *Jonathan Hill* eingeladen hatte. Auf der Konferenz wurde erörtert, wie öffentliche und private Finanzierung zusammengebracht und die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen (insbesondere KMU) verbessert werden können, um stärker private Investitionen zu generieren. In seiner Eröffnungsrede beschrieb er die Prioritäten während seiner Amtszeit, insbesondere ging er auch auf den Beitrag der Finanzmärkte zum 300-Milliarden-Euro-Investitionspaket ein.



Eröffnungsrede:

[http://ec.europa.eu/news/2014/11/20141106\\_de.htm](http://ec.europa.eu/news/2014/11/20141106_de.htm)

Weiterführende Informationen:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/conferences/2014/1106-finance-growth/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/conferences/2014/1106-finance-growth/index_de.htm)

## **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER EU-EIGENMITTELVERORDNUNG VOR**

Wie vom ECOFIN-Rat am 07.11.2014 gefordert hat die Kommission am 12.11.2014 eine Änderung der EU-Eigenmittelverordnung vorgeschlagen, um damit auf die ungewöhnlich hohen Nachzahlungsforderungen bei den BNE-Eigenmitteln zu reagieren. Bisher müssen Forderungen bis zum ersten Werktag im Dezember entrichtet werden. Anschließend wird bei Verzug ein Strafzins von 0,25 % fällig, der sich monatlich um weitere 0,25 Prozentpunkte erhöht. Nun soll Mitgliedstaaten unter außergewöhnlichen Umständen bei Vorlage eines verbindlichen Zahlungsplans ein Zahlungsaufschub bis zum 01.09. des Folgejahres gewährt werden. Außergewöhnliche Umstände sollen dann vorliegen, wenn für alle Mitgliedstaaten die gesamte Nachforderungssumme die Hälfte einer normalen monatlichen Zahlung aller Mitgliedstaaten übersteigt oder wenn die Forderung an einen einzelnen Staat mehr als das Doppelte der normalen monatlichen Zahlung an den EU-Haushalt ausmacht. Die für den Haushalt zuständige Vizepräsidentin *Kristalina Georgieva* betonte, dass durch diese Änderung den Ländern mehr Flexibilität gegeben werden kann, ohne gleichzeitig die Berechenbarkeit der Geldflüsse negativ zu beeinflussen. Damit diese Regeländerung in Kraft treten kann, ist eine qualifizierte Mehrheit im Rat erforderlich. Vom EP und dem Rechnungshof werden Stellungnahmen abgegeben. Angestrebt wird ein Inkrafttreten noch vor dem 01.12.2014 oder zumindest eine Rückwirkung bis zu diesem Zeitpunkt.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1643\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1643_de.pdf)

Häufig gestellte Fragen (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-1644\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-1644_en.pdf)

## **HAUSHALTSVERHANDLUNGEN ZWISCHEN EP UND RAT ZU BERICHTIGUNGSHAUSHALTEN 2014 UND JAHRESHAUSHALT 2015 VORERST GESCHEITERT**

Bis zum Ablauf der 21-tägigen Vermittlungsphase am 17.11.2014 gelang es den beiden Haushaltsgesetzgebern EP und Rat nicht, eine Einigung über die Berichtigungshaushalte 2014 und den Jahreshaushalt 2015 zu erzielen. Damit muss die Kommission nun einen neuen Jahreshaushaltsentwurf für 2015 vorschlagen. Die neue EU-Haushaltskommissarin *Kristalina Georgieva* hat am 18.11.2014 angekündigt, diesen „in den nächsten Tagen“ vorlegen zu wollen. Zuvor kam der Rat den EU-Abgeordneten in einigen wesentlichen Streitpunkten noch entgegen, nachdem zwei Vermittlungsrunden bisher ergebnislos verlaufen waren. Das EP beharrte aber auf größeren Anstrengungen bei der Begleichung offener Rechnungen und forderte zusätzlich die Einrichtung eines Krisentopfs in Höhe von 11 Mrd. €. Die Verhandlungspositionen



lagen bis zuletzt noch sehr weit auseinander. Sollte bis zum 01.01.2015 keine Einigung über den Jahreshaushalt 2015 erreicht werden, ist das System der vorläufigen Zwölfstel anzuwenden, d.h. jeden Monat steht für jede Rubrik ein Betrag zu, der einem Zwölfstel des Haushaltsvolumens des Jahres 2014 entspricht.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/145818.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/145818.pdf)

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141117IPR79208/pdf>

### **„LUX-LEAKS“ ERHÖHT DYNAMIK BEI DER BEKÄMPFUNG VON STEUERVERMEIDUNG**

Die vom International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) aus Washington veröffentlichten Luxemburger Steuerelemente, die systematische Steuervergünstigungen für multinationale Konzerne belegen, haben eine neue steuerpolitische Dynamik entfacht. Zahlreiche Unternehmen hatten jahrelang mit Unterstützung der Luxemburger Steuerbehörden Steuerzahlungen in Milliardenhöhe vermieden. Die Kommission in Person der neuen Wettbewerbskommissarin *Margrethe Vestager* ermittelt nun, ob die Entscheidungen der Luxemburger Behörden gegen europäisches Recht verstoßen. Die Europaabgeordneten forderten fraktionsübergreifend Steuerharmonisierung und Transparenz bei nationalen Steuervorschriften (s. dazu Beitrag zum EP in diesem EB). Der Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg, *Pierre Gramegna*, hat bereits seine Bereitschaft erklärt, nun verstärkt steuerpolitisch zusammenarbeiten zu wollen. Der neue Steuerkommissar *Pierre Moscovici* hat eine Änderung der Amtshilferichtlinie ins Gespräch gebracht, mit der der automatische Informationsaustausch auch auf sog. „tax rulings“, d.h. Steuervorentscheidungen, ausgeweitet wird. Auch die G20-Staaten haben sich auf ihrem Gipfel in Brisbane für eine stärkere Transparenz in der Steuerverwaltung ausgesprochen. Außerdem möchte *Moscovici* den Vorschlag der Kommission für eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) vom 16.03.2011, über den sich die Mitgliedstaaten bisher nicht einigen konnten, erneut aufgreifen und etwa durch einen Verzicht auf die Optionalität an die neuen Entwicklungen anpassen und für eine größere Verbindlichkeit sorgen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141112IPR78502/pdf>

Rede von Steuerkommissar *Moscovici* (in englischer und französischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-1720\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-1720_en.pdf)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### RAT NIMMT SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM SECHSTEN KOHÄSIONSBERICHT AN

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten tagte am 19.11.2014 zum ersten Mal in gesonderter Form zur EU-Kohäsionspolitik. Dabei verabschiedete er Schlussfolgerungen zum Sechsten Kohäsionsbericht der Kommission von Juli 2014 (EB 15/14). Diese begrüßen den Bericht und betonen die besondere Bedeutung der Kohäsionspolitik als Schlüsselinstrument für Investitionen auf europäischer Ebene. Dabei sei es bei den jüngsten Programmplanungen im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) gelungen, die Kohäsionspolitik gänzlich auf die Europa 2020-Strategie auszurichten und die essentiellen Ziele auf dem Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung im Auge zu behalten. Kommission und Mitgliedstaaten ruft der Rat nun auf, mit der Umsetzung umgehend und rechtzeitig zu beginnen sowie diese ergebnisorientiert zu überwachen. Dabei müssten v. a. Ex-Ante-Konditionalitäten und die Verknüpfung mit dem Europäischen Semester (insbesondere die Einhaltung der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen) gewährleistet werden. Die Mitgliedstaaten werden auch ersucht, angemessene Strukturreformen auf nationaler Ebene durchzuführen, damit Maßnahmen der ESIF langfristig fruchten können.

Pressemitteilung des Rates inklusive Schlussfolgerungen (ab S. 10; in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/genaff/145844.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/145844.pdf)

#### RAT VERABSCHIEDET NEUE RICHTLINIE FÜR SCHADENSERSATZKLAGEN BEI KARTELLRECHTSVERSTÖßEN

Der Rat hat am 10.11.2014 den im März im Trilog zwischen EP, Rat und Kommission gefundenen Kompromiss (EB 07/14) über eine neue Richtlinie verabschiedet, die bestimmte Vereinheitlichungen über Schadensersatzansprüche von Opfern von Kartellrechtsverstößen festlegt. Solche Opfer sollen künftig sowohl einen tatsächlich erlittenen Schaden als auch entgangenen Gewinn zzgl. Zinsen leichter ersetzt bekommen können: Während der Schadensersatzanspruch an sich schon bisher bestand, bezweckt die Richtlinie nun eine effektivere Durchsetzung, ohne damit Sammelklagen nach US-Vorbild einzuführen. So werden etwa Offenlegungs-, Haftungs- und Verjährungsfragen vereinheitlicht. Nach sechs Jahren will die Kommission die Richtlinie evaluieren und hierzu einen Bericht vorlegen. Den Kompromiss nicht unterstützt haben im Rat allerdings Deutschland, Polen und Slowenien, die sich bei der Abstimmung enthalten haben. Nachdem das EP die Richtlinie bereits im April verabschiedet hat, bedarf es nun noch der Veröffentlichung im Amtsblatt (s. den Beitrag des StMJ in diesem EB).





Pressemitteilung des Rats (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/145702.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/145702.pdf)

## AUßENWIRTSCHAFT

### EP STIMMT ASSOZIIERUNGSABKOMMEN DER EU MIT DER REPUBLIK MOLDAU ZU

Das EP hat am 13.11.2014 dem von der EU und der Republik Moldau ausgehandelten Assoziierungsabkommen (EB 13/14) mit großer Mehrheit zugestimmt. Dieses soll dazu beitragen, die politischen und ökonomischen Verbindungen zu festigen sowie Moldau sukzessive an den europäischen Binnenmarkt anzubinden. Dafür ist auch die Einrichtung einer vertieften und umfassenden Freihandelszone (deep and comprehensive free trade area – DCFTA) vorgesehen. Sie enthält Bestimmungen zum beidseitigen Abbau von Zolltarifen und Importkontingenten sowie zur Harmonisierung von Regelungen und Normen mit einer langfristigen Abgleichung an europäische Standards. Nach Einschätzung der Kommission könnten die in der DCFTA vorgesehenen Schritte in Moldau ein Wirtschaftswachstum von 5,4 % p. a. auslösen. Profitieren würde v. a. die Landwirtschaft. Nachdem das EP das Abkommen bereits im Juli ratifiziert hat, bedarf es nun noch der Zustimmung der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/Zusammenarbeit-mit-Moldau>

Text des Assoziierungsabkommens mit der Republik Moldau (in englischer Sprache):

[http://eeas.europa.eu/moldova/assoagreement/assoagreement-2013\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/moldova/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm)

### BERICHT ÜBER POTENZIELL HANDELSBESCHRÄNKENDE MASSNAHMEN IM WELTHANDEL

Die Kommission hat am 17.11.2014 ihren elften Bericht zu potenziell handelsbeschränkenden Maßnahmen im Welthandel veröffentlicht. Danach führen Handelspartner der EU nach wie vor handelsbeschränkende Maßnahmen ein, die den Welthandel zunehmend behindern und für eine anhaltende Unsicherheit in der Weltwirtschaft sorgen. Der jährliche Bericht zeigt, dass die meisten protektionistischen Maßnahmen in Russland, China, Indien und Indonesien verzeichnet wurden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um behindernde Maßnahmen an den Grenzen, Im- und Exportbeschränkungen, diskriminierende Abgaben oder zusätzliche technische Vorschriften und Lokalaufgaben. Auch die Beteiligung ausländischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen sei häufig eingeschränkt, besonders in den USA. Der Bericht untersucht Maßnahmen über einen Zeitraum von 13 Monaten von 31 wichtigen EU-Handelspartnern, sowie die Selbstverpflichtung der G-20 Staaten, vom Protektionismus abzurücken, und ergänzt Beobachtungsberichte der WTO, UNCTAD und OECD.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1683\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1683_de.htm?locale=en)



## HANDELSKOMMISSARIN *MALMSTRÖM* PLANT NEUE TRANSPARENZOFFENSIVE IM RAHMEN VON TTIP

Handelskommissarin *Cecilia Malmström* gab am 19.11.2014 bekannt, dass sie eine weitere Transparenzoffensive im Rahmen der TTIP-Verhandlungen plane. So sollen etwa europäische Textvorschläge für das Abkommen mit den USA veröffentlicht werden. Außerdem möchte *Malmström* allen Abgeordneten des EP Zugang zu den Dokumenten der Verhandlungen gewähren; bislang ist dies lediglich MdEP des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) in einem Lesesaal des EP möglich. Denn wenngleich es die transparentesten Verhandlungen seien, die es je gegeben habe, so herrsche noch großes Misstrauen in Politik und Zivilgesellschaft, welchem mit noch mehr Transparenz begegnet werden müsse. Das Kommissarskollegium soll am 24.11.2014 über die Vorschläge entscheiden.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1201>

## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

---

### LANDWIRTSCHAFT

#### ERGEBNISSE DER SITZUNG DES AGRARRATS AM 10.11.2014 IN BRÜSSEL

Am 10.11.2014 fand in Brüssel ein Treffen des Rates für Landwirtschaft und Fischerei unter Vorsitz des italienischen Landwirtschaftsministers *Maurizio Martina* statt. Anwesend waren die Kommissare *Phil Hogan* (Agrar), *Karmenu Vella* (Umwelt und Fischerei) und *Vytenis Andriukaitis* (Gesundheit und Verbraucherschutz). Die inhaltlichen Schwerpunkte waren das Haushaltsberichtigungsschreiben der Kommission vom 16.10.2014 und der Vorschlag der Kommission zur Novellierung der Öko-Verordnung.

Die Agrarminister der Mitgliedstaaten führten eine Aussprache zum Haushaltsberichtigungsschreiben der Kommission vom 16.10.2014 durch, welches zwei wesentliche Änderungen vorsieht. Zum einen soll die Rubrik 2 (Landwirtschaft) des Agrarhaushalts 2015 um 448 Mio. € gekürzt und zum anderen die beschlossenen Soforthilfen zur Abfederung der Konsequenzen des russischen Importstopps in den Bereichen Obst und Gemüse sowie Milch nicht aus der Marge, sondern aus der Krisenreserve der GAP finanziert werden.

Die Viségrad-Gruppe (CZE, HUN, POL, SVK) und BGR, ROU und SVN stellten eine gemeinsame Erklärung zum Verordnungsentwurf der KOM über den ökologischen Landbau in der EU vor. Die sieben Mitgliedstaaten übten darin deutliche Kritik am vorgelegten Vorschlag. Aus Sicht der Gruppe wird keine Notwendigkeit gesehen, die geltende Verordnung komplett zu überarbeiten. Eine Weiterentwicklung bestehender



Vorschriften sei ausreichend. Kritikpunkte waren u.a. die Verpflichtung zur Gesamtbetriebsumstellung und Änderungen bei den Kontrollvorschriften. DEU begrüßte die grundsätzlichen Ziele der neuen Verordnung, betonte aber, dass der von der Kommission vorgestellte Legislativvorschlag nur nach einer deutlichen Überarbeitung zur Erreichung der Ziele beitrage.

Link zur PM des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/145711.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/145711.pdf)

### **NEUER EU-KOMMISSAR FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG *PHIL HOGAN* ZU BESUCH BEI STAATSMINISTER *HELMUT BRUNNER***

Am 14.11.2014 nur zwei Wochen nach seinem Amtsantritt, traf sich der neue EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, *Phil Hogan*, mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister *Helmut Brunner* in Freising. Das Gespräch bot dem Minister die Möglichkeit, die Bedeutung der bäuerlich geprägten Landwirtschaft im Freistaat vor Ort aufzuzeigen und die konkreten bayerischen Erwartungen an die künftige Brüsseler Agrarpolitik deutlich zu machen. Handlungsbedarf sieht der Minister hierbei vor allem im Milchsektor und im Ökolandbau. Das Auslaufen der europäischen Milchquote zum April 2015 mache die Einführung neuer, wirksamer Instrumente dringend notwendig, um Marktverwerfungen und Brüche zu vermeiden. Das bisherige Sicherheitsnetz zur Stabilisierung allein reiche nach der Meinung *Brunners* in Krisenzeiten nicht aus. Einen neuen Denkansatz forderte er auch bei der Neufassung der EU-Ökoverordnung. Der biologische Landbau müsse attraktiver gemacht und die Landwirte nicht durch zusätzliche, bürokratische Hürden verschreckt werden.

Link zur PM des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

<http://www.stmelf.bayern.de/service/presse/pm/2014/090162/index.php>

### **DEBATTE IM AGRI-AUSSCHUSS DES EP AM 05.11.2014 ÜBER DIE PERSPEKTIVEN FÜR DEN EU-MILCHSEKTOR**

Am 05.11.2014 debattierte der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP über die Zukunftsperspektiven des europäischen Milchsektors und das im Rahmen der GAP-Verhandlungen beschlossene Milchpaket. Ausgangspunkt der Debatte war der im Juni vorgestellte Berichtsentwurf der Kommission zum europäischen Milchmarkt. Ein Großteil der Abgeordneten im AGRI äußerte sich dahingehend, dass das Milchpaket und die darin enthaltenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Sektors im Krisenfall nicht ausreichen. Weitere innovative und wirksame Kriseninstrumente wurden von den Abgeordneten gefordert. Konkrete und auch umsetzbare Maßnahmen wurden nicht genannt. Einzelne Mitglieder im AGRI, darunter auch *MdEP Martin Häusling (Grüne, DEU)* bezeichneten den Ausstieg aus der Quotenregelung zum 31.03.2015 sogar als Fehler. Es müssten neue Marktkontrollmechanismen diskutiert und die Instrumente im Milchpaket erweitert werden. Daneben wurde der im Juni vorgestellte Bericht der Kommission und auch z. T. der vorliegende Berichtsentwurf des Berichterstatters *MdEP James Nicholson*



(ECR, GBR) als unzureichend und fernab der Realität auf den Märkten bezeichnet und die Kommission erneut aufgefordert endlich aktiv zu werden.

## **AGRI-AUSSCHUSS IM EP DEBATTIERT ERNEUT ÜBER BEIHILFEREGELUNGEN ZUR ABGABE VON GEMÜSE, OBST UND MILCH IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN**

Am 06.11.2014 fand im AGRI-Ausschuss des EP eine Aussprache zum Vorschlag der Kommission zur Beihilferegelung für die Abgabe von Gemüse, Obst und Milch in Bildungseinrichtungen statt. Die MdEP übten lautstark Kritik an der Entscheidung des Rates, die Rechtsgrundlage ändern zu wollen und Art. 43 (3) AEUV (alleinige Kompetenz des Rates) als Basis der Rechtsprechung vorzusehen. Sie setzten sich geschlossen für die Beibehaltung von Art. 43 (2) AEUV (geteilte Kompetenz zwischen EP und Rat) ein. Weiterer Schwerpunkt der Debatte ist die geplante Erweiterung der Produktliste (zusätzlich z.B. Joghurt, Fruchtsäfte und Olivenöl) sowie die künftige Mittelverteilung (nach historischem Schlüssel oder nach neuen Kriterien).

Link zum Verordnungsvorschlag

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014PC0032&rid=2>

## **EFSA VERÖFFENTLICH LEITLINIEN FÜR RISIKEN IM UMGANG MIT PFLANZENSCHUTZMITTELN**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte am 23.10.2014 erstmals harmonisierte Unterweisungen zur Beurteilung des Risikos im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln. Bei der Abschätzung des Gefährdungspotentials durch Pestizide werden vier Personengruppen – Verkäufer/Händler, Anwender, angrenzende Anwohner und sonstige zufällig Betroffene – unterschieden.

Link zum Bericht der EFSA:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3874.pdf>

## **EMISSIONSZIELE BIS 2030: BERÜCKSICHTIGUNG DER SPEZIFISCHEN ANFORDERUNGEN DES AGRARSEKTORS**

Beim Klimagipfel des Europäischen Rates vom 23.10.2014 und 24.10.2014 in Brüssel (EB 19/14) konnten sich die Mitgliedsstaaten darauf einigen, den Ausstoß von Treibhausgasen allgemein bis 2030 um 40 % zu reduzieren. In einer Studie schätzte die Kommission, dass der landwirtschaftliche Sektor, der für weniger als 10 % aller europäischen Emissionen verantwortlich ist, seine Treibhausgase bis zu 28 % vermindern könnte, gleichzeitig wird aber auch festgestellt, dass die vielfältigen Faktoren der Landwirtschaft und Landnutzung besonderer Berücksichtigung bei der Festlegung der Klimaziele aufgrund ihres geringen Beitragspotentials zur Minderung von Treibhausgasen bedürfen.

Zusammenfassung der Folgenabschätzung zu der Mitteilung der Kommission an das EP, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen:



„Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020 - 2030“

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:52014SC0016>

Schlußfolgerungen des Rates vom 23.10.2014 und 24.10.2014

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-169-2014-INIT/de/pdf>

## **FAO-STUDIE ZU DEN AUSWIRKUNGEN DES RUSSISCHEN IMPORTEMBARGOS**

Am 12. September 2014 veröffentlichte die Organisation für Lebensmittel und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) eine Studie mit ersten Einschätzungen, wie sich das russische Importverbot für westliche Produkte auf die verschiedenen Glieder der Lebensmittelkette auswirken wird. Die Untersuchung geht dabei speziell auf die Folgen für den russischen Binnenmarkt (Konsumenten, Produzenten und Importeure) und für Exporteure und globale Märkte ein.

Link zur Studie der FAO

<http://www.fao.org/3/a-i4055e.pdf>

## **EUROPÄISCHE NACHHALTIGKEITSWOCHE 2015**

Initiiert von FRA, DEU und AUT wird vom 30.05. – 05.06.2015 erstmals eine „Europäische Woche für nachhaltige Entwicklung (ESDW)“ stattfinden, welche dann jährlich durchgeführt werden soll. Alle Mitgliedstaaten und Europäischen Institutionen sind eingeladen, sich an der Europäischen Nachhaltigkeitswoche 2015 zu beteiligen. Von Seiten der Kommission und dem ER wird die Aktionswoche begrüßt, da Synergien zur gleichzeitig in Brüssel stattfindenden „EU Green Week“, deren Schwerpunkt auf Biodiversität und Natur liegt, erreicht werden. Dabei wird eine Unterstützung durch das Netzwerk für nachhaltige Entwicklung (ESDN) in Aussicht gestellt, welches voraussichtlich ab November 2014 europaweit zu Aktionen aufrufen wird. Des Weiteren wird eine Onlineplattform eingerichtet, um auf Projekte und Aktionen der Zivilgesellschaft aufmerksam zu machen.

Link zur PM der Bundesregierung

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/.html>

## **GEPLANTE SITZUNGSTERMINE IM ERSTEN HALBJAHR 2015 DES RATES FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI DER EU**

Der Rat für Landwirtschaft und Fischerei der EU wird im ersten Halbjahr 2015 voraussichtlich an folgenden Terminen zu seinen Sitzungen zusammenkommen.

26.01.2015: Brüssel

16.02. - 17.02.2015: Brüssel



16.03. - 17.03.2015: Brüssel

20.04. - 21.04.2015: Luxemburg

11.05. - 12.05.2015: Brüssel

16.06.2015: Brüssel

<http://www.consilium.europa.eu/meetings/calendar-of-meetings?lang=en>

**GEPLANTE SITZUNGSTERMINE IM ERSTEN HALBJAHR 2015 DES AUSSCHUSSES FÜR  
LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG DES EP**

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP wird im ersten Halbjahr 2015 voraussichtlich an folgenden Terminen zu seinen Sitzungen zusammenkommen.

21.01. - 22.01.2015

23.02. - 24.02.2015

23.03. - 24.03.2015

16.04.2015

04.05. - 05.05.2015

28.05.2015

16.06. - 17.06.2015

AGRI-Ausschusstermine für das Jahr 2015

[http://www.europarl.europa.eu/compar/agri/calendar\\_2015.pdf](http://www.europarl.europa.eu/compar/agri/calendar_2015.pdf)

**GEPLANTE SITZUNGSTERMINE IM ERSTEN HALBJAHR 2015 DES AUSSCHUSSES FÜR  
UMWELTFRAGEN, ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT DES EP**

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP wird im ersten Halbjahr 2015 voraussichtlich an folgenden Terminen zu seinen Sitzungen zusammenkommen.

21.01. - 22.01.2015

23.02. - 24.02.2015



18.03. - 19.03.2015

30.03. - 31.03.2015

13.04. - 14.04.2015

06.05. - 07.05.2015

16.06. - 17.06.2015

ENVI-Ausschußtermine für das Jahr 2015

[http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/calendar\\_2015.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/calendar_2015.pdf)

### **UMWELTAUSSCHUSS DES EP (ENVI) STIMMT ÜBER ANBAUZULASSUNG VON GVO AB**

Am 11.11.2014 hat der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP mit großer Mehrheit (53+, 11-, 2 Enthaltungen) für das sogenannte Opt-Out gestimmt, d. h. dass künftig Mitgliedstaaten den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Hoheitsgebiet beschränken oder untersagen können. Der Vorschlag des EP unterscheidet sich allerdings vom Kompromissvorschlag des Europäischen Rates vom Juli 2014. Es wurde beschlossen, die Rechtsgrundlage von Binnenmarkt zu Umweltrecht zu ändern, die Möglichkeit einzuführen, den Anbau von GVOs aufgrund von umweltpolitischen Gründen abzulehnen, verpflichtende Koexistenzmaßnahmen einzuführen und den Herstellerunternehmen kein Mitspracherecht im Opt-Out-Verfahren einzuräumen. Bereits am 11.11.2014 haben die Trilogverhandlungen begonnen, in denen versucht wird, bis Ende 2014 einen Kompromiss zwischen Rat, EP und Kommission zu finden (s. Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zur PM des EP (engl.):

[http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20141110IPR78106/20141110IPR78106\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20141110IPR78106/20141110IPR78106_en.pdf)

### **ANTRITTSREDE DES NEUEN EU-KOMMISSARS FÜR KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK ARIAS CAÑETE**

Am 11.11.2014 hat Kommissar *Cañete* bei einer Rede vor dem Ausschuss für Umwelt, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP die Führungsrolle der EU beim Kampf gegen den Klimawandel bekräftigt. Die EU müsse weltweit in Sachen Klimapolitik beispielhaft sein und damit andere große internationale Akteure veranlassen, ihre eigenen Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen vorzulegen. Der fünfte IPCC-Bericht zeige, dass der Klimawandel den Alltag der Bürger zunehmend beeinflusst. Er mache aber auch klar, dass die globale Erwärmung auf zwei Grad begrenzt werden könne, wenn der politische Wille dazu da ist. Die Einigung des jüngsten Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs auf neue Klima- und Energieziele für 2030 sei mit Blick auf den Weltklimagipfel in Paris 2015 ein wichtiges Zeichen. Priorität habe nun die schnelle und intelligente Umsetzung der Klimaziele für das Jahr 2030. Dazu



gehört die Einrichtung der Marktstabilitätsreserve im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems. Die Auswirkungen der 2030-Ziele auf die Sektoren, die nicht unter das Handelssystem fallen, sollen im kommenden Jahr im Detail analysiert werden, so *Cañete* (s. Beitrag des StMUV in diesem EB).

Link zur vollständigen Rede von Kommissar *Cañete* (engl.):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-1620\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-1620_en.htm)

## **STUDIE ZU UMWELT, GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT-RELEVANTEN GESETZGEBUNGSBEREICHEN IN DEN TTIP-VERHANDLUNGEN VERÖFFENTLICHT**

Im Auftrag des Ausschusses für Umwelt, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP erarbeitete das Policy Department A „Economic and Scientific Policy“ der Generaldirektion „Internal Policies“ eine Studie, welche die Hauptunterschiede der Gesetzgebung zwischen der EU und den USA in acht für die TTIP-Verhandlungen relevanten Politikbereichen aufzeigt: Humanarzneimittel/ medizinische Produkte, Kosmetika, Lebensmittel, SPS (gesundheits- und pflanzenrechtliche Maßnahmen), Nanomaterialien, Klonen, Rohstoffe/ Energie und Kraftfahrzeuge. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in einigen Bereichen wie z. B. Kosmetika oder Klonen die Differenzen so groß seien, dass sie kaum zu überbrücken wären, was in den unterschiedlichen Risikobewertungen begründet ist. Zu einem anderen Ergebnis kommt der Bericht für die Anwendungsbereiche, in denen die Unterschiede zwischen den Verhandlungspartnern rein technischer Natur sind; hier könnte Konvergenz durch mehr technische Zusammenarbeit und gegenseitige Anerkennung der Umweltregelungen erreicht werden. Auch in den Bereichen, in denen es weder in der EU noch in den USA bindende Regelungen gibt, könnte auf diese Weise Konvergenz erzielt werden (s. Beitrags des StMUV in diesem EB).

Link zur Studie:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/536293/IPOL\\_STU%282014%29536293\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/536293/IPOL_STU%282014%29536293_EN.pdf)

## **HANDELSKOMMISSARIN MALMSTRÖM PLANT NEUE TRANSPARENZOFFENSIVE IM RAHMEN VON TTIP**

Handelskommissarin *Cecilia Malmström* gab am 19.11.2014 bekannt, dass sie eine weitere Transparenzoffensive im Rahmen der TTIP-Verhandlungen plane. So sollen etwa europäische Textvorschläge für das Abkommen mit den USA veröffentlicht werden. Außerdem möchte *Malmström* allen Abgeordneten des EP Zugang zu den Dokumenten der Verhandlungen gewähren; bislang ist dies lediglich MdEP des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) in einem Lesesaal des EP möglich. Denn wenngleich es die transparentesten Verhandlungen seien, die es je gegeben habe, so herrsche noch großes Misstrauen in Politik und Zivilgesellschaft, welchem mit noch mehr Transparenz begegnet werden müsse. Das Kommissarskollegium soll am 24.11.2014 über die Vorschläge entscheiden (s. Beitrag des StMWi in diesem EB).





Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1201>

## **EU-KOMMISSARE VERÖFFENTLICHEN IHRE TREFFEN MIT LOBBYISTEN**

Die Kommission wird ab dem 01.12.2014 alle Kontakte der Kommissare, ihrer Kabinettsmitarbeiter und der Generaldirektoren mit Interessenvertretern und Lobbyisten auf ihrer Website veröffentlichen. Dies gab Kommissionsvizepräsident Timmermans am 19.11.2014 bekannt. Er forderte gleichzeitig das EP auf, entsprechende Treffen von Abgeordneten ebenfalls offenzulegen. Die Kommission wies darauf hin, dass Präsident Juncker bereits vor seinem Amtsantritt mehr Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten versprochen habe (s. Beitrag unter „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

Pressemitteilung:

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12877\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12877_de.htm)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION**

---

### **EUGH-URTEIL ZUM SOZIALLEISTUNGSBEZUG VON EU-AUSLÄNDERN**

Am 11.11.2014 entschied der EuGH in der Rechtssache C-333/13-Dano über die deutsche Ausschlussregelung für Hartz-IV-Leistungen in § 7 Abs.1 S. 2 Nr. 2 SGB II gegenüber EU-Ausländern. Der EuGH erklärte den deutschen Ausschlussstatbestand für mit dem Unionsrecht vereinbar, sofern dem Staatsangehörigen aus dem anderen Mitgliedstaat kein Aufenthaltsrecht in Deutschland zusteht. Das bedeutet grundsätzlich, dass nicht erwerbstätige Unionsbürger, die sich nach Deutschland allein mit dem Ziel begeben, in den Genuss von Hartz-IV-Leistungen zu kommen, von diesen Leistungen ausgeschlossen werden können. Allerdings vom EuGH noch nicht beantwortet ist die Frage, ob der Ausschluss auch für Staatsangehörige aus dem anderen Mitgliedstaat gerechtfertigt ist, die ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche haben.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-11/cp140146de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-333/13>



## **EUGH-URTEIL ZUR KUMULIERUNG VON ANSPRÜCHEN AUF KINDERGELD BEI WANDERARBEITNEHMERN**

In der Entscheidung des EuGH vom 06.11.2014 (C-4/13), die sich noch auf die alte Koordinierungsregelung für die Systeme der sozialen Sicherheit, nämlich die Verordnung Nr. 1408/71 bezog, erklärte der EuGH die deutschen Vorschriften in § 65 EStG und § 4 Bundeskindergeldgesetz mit der Kumulierungsregelung für Familienleistungen in Art. 76 Abs. 2 VO Nr.1408/71 für vereinbar. Art. 76 Abs. 2 erlaube dem Beschäftigungsmitgliedstaat, in seinen Vorschriften vorzusehen, dass der Anspruch auf Familienleistungen ruht, wenn im Wohnmitgliedstaat kein Antrag auf Gewährung von Familienleistungen gestellt worden ist. Unter diesen Umständen verfüge der zuständige Träger der Familienleistung bei Vorliegen der nationalen Voraussetzungen für ein Ruhen des Anspruchs über kein Ermessen.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/cid=828206>

## **STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST**

---

### **KOMMISSION FORDERT IM ANZEIGER FÜR DIE ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG 2014 STÄRKERE BEMÜHUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN IM BILDUNGSBEREICH**

Die Kommission hat am 13.11.2014 die dritte Ausgabe des Anzeigers für die allgemeine und berufliche Bildung in der EU (Education and Training Monitor 2014) veröffentlicht. Der seit 2012 jährlich erscheinende Bericht informiert über aktuelle Entwicklungen in der EU und in den einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf die bildungsbezogenen Kernziele der Europa-2020-Strategie sowie die europäischen Durchschnittsbezugswerte (Benchmarks) und weitere Indikatoren, die die Mitgliedstaaten im Kontext des neuen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung bis ins Jahr 2020 festgelegt haben. Aus Sicht der Kommission unterstützt der Anzeiger die Implementierung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, indem er über die aktuelle Bildungsperformanz der einzelnen Mitgliedstaaten im EU- und zwischenstaatlichen Vergleich informiert, Entwicklungen bewertet und mit Blick auf die länderspezifischen Empfehlungen 2014 auf bestehende Herausforderungen hinweist. Für den vorliegenden Bericht wurden die einzelnen Mitgliedstaaten im Hinblick auf drei verschiedene Kategorien analysiert: Investitionen in Bildung, erreichte Lernerfolge und Hebelwirkung staatlicher Bildungsinvestitionen.

Zum Volltext des Berichts (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/education/library/publications/monitor14\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/library/publications/monitor14_en.pdf)



Zu den einzelnen Länderberichten (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/education/tools/et-monitor\\_en.htm#country-reports](http://ec.europa.eu/education/tools/et-monitor_en.htm#country-reports)

## **EUROSTAT: GERINGFÜGIG GESTIEGENE AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG IN DER EU**

Eurostat, das Statistikamt der EU, hat am 17.11.2014 erste Schätzungen hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in der EU im Jahr 2013 veröffentlicht. Die FuE-Ausgaben in den 28 Mitgliedstaaten summierten sich demnach auf nahezu 275 Mrd. €. Der Unternehmenssektor war mit 64 % der gesamten Ausgaben im Jahr 2013 weiterhin der wichtigste Bereich, in dem FuE-Ausgaben getätigt wurden, gefolgt vom Hochschulbereich (23 %) und dem Staatssektor (12 %). Deutschland liegt bei der FuE-Intensität seiner Volkswirtschaft, d. h. dem Anteil der FuE-Ausgaben am BIP, mit 2,94 % europaweit in der Spitzengruppe, was über einen Zehnjahreszeitraum einer Ausgabensteigerung von knapp 55 Mrd. € auf 82,5 Mrd. € entspricht. Übertroffen wurde Deutschland bei der Forschungsintensität nur von Finnland (3,32 %), Schweden (3,21 %) und Dänemark (3,05 %).

Eurostat-Pressemitteilung:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/9-17112014-BP/DE/9-17112014-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/9-17112014-BP/DE/9-17112014-BP-DE.PDF)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

---

### **UMWELT UND NATURSCHUTZ**

#### **UMWELTAUSSCHUSS DES EP (ENVI) STIMMT ÜBER ANBAUZULASSUNG VON GVO AB**

Am 11.11.2014 hat der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP mit großer Mehrheit (53+, 11-, 2 Enthaltungen) für das sogenannte Opt-Out gestimmt, d. h. dass künftig Mitgliedstaaten den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Hoheitsgebiet beschränken oder untersagen können. Der Vorschlag des EP unterscheidet sich allerdings vom Kompromissvorschlag des Europäischen Rates vom Juli 2014. Es wurde beschlossen, die Rechtsgrundlage von Binnenmarkt zu Umweltrecht zu ändern, die Möglichkeit einzuführen, den Anbau von GVOs aufgrund von umweltpolitischen Gründen abzulehnen, verpflichtende Koexistenzmaßnahmen einzuführen und den Herstellerunternehmen kein Mitspracherecht im Opt-Out-Verfahren einzuräumen. Bereits am 11.11.2014 haben die Trilogverhandlungen begonnen, in denen versucht wird, bis Ende 2014 einen Kompromiss zwischen Rat, EP und Kommission zu finden.

Link zur PM des EP (engl.):

[http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20141110IPR78106/20141110IPR78106\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20141110IPR78106/20141110IPR78106_en.pdf)



## **ANTRITTSREDE DES NEUEN EU-KOMMISSARS FÜR KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK ARIAS CAÑETE**

Am 11.11.2014 hat Kommissar *Cañete* bei einer Rede vor dem Ausschuss für Umwelt, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP die Führungsrolle der EU beim Kampf gegen den Klimawandel bekräftigt. Die EU müsse weltweit in Sachen Klimapolitik beispielhaft sein und damit andere große internationale Akteure veranlassen, ihre eigenen Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen vorzulegen. Der fünfte IPCC-Bericht zeige, dass der Klimawandel den Alltag der Bürger zunehmend beeinflusst. Er mache aber auch klar, dass die globale Erwärmung auf zwei Grad begrenzt werden könne, wenn der politische Wille dazu da ist. Die Einigung des jüngsten Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs auf neue Klima- und Energieziele für 2030 sei mit Blick auf den Weltklimagipfel in Paris 2015 ein wichtiges Zeichen. Priorität habe nun die schnelle und intelligente Umsetzung der Klimaziele für das Jahr 2030. Dazu gehört die Einrichtung der Marktstabilitätsreserve im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems. Die Auswirkungen der 2030-Ziele auf die Sektoren, die nicht unter das Handelssystem fallen, sollen im kommenden Jahr im Detail analysiert werden, so *Cañete*.

Link zur vollständigen Rede von Kommissar *Cañete* (engl.):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-1620\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-1620_en.htm)

## **KOMPROMISS ZUR REDUKTION VON EINWEG-PLASTIKTÜTEN**

Am 17.11.2014 verständigten sich EP, Ministerrat und Kommission nach langen Diskussionen im Trilog-Verfahren auf einen Kompromiss im Streit um die Reduzierung der Zahl von Plastiktüten in der EU. Der Kompromiss sieht vor, dass Mitgliedstaaten die Wahl haben, ob sie ein verbindliches Ziel zur Minderung des Verbrauchs auf rund 40 Tüten pro Person bis 2025 vorschreiben oder ob sie ab 2017 eine Gebühr für den Gebrauch von Plastiktüten einführen. Die Neuregelung betrifft Einwegplastiktüten, die Konsumenten in vielen Geschäften kostenlos an der Kasse erhalten. Ganz dünne Plastiktüten, wie sie etwa an der Gemüsetheke verwendet werden, können die Mitgliedstaaten laut Einigung von den Auflagen ausnehmen. Der Kompromiss zur Überarbeitung der Verpackungsrichtlinie muss nun noch vom EP-Plenum und dem Europäischen Rat angenommen werden.

Link zum Entwurf des Vorschlags (engl.):

[http://ec.europa.eu/environment/waste/packaging/legis.htm#plastic\\_bags](http://ec.europa.eu/environment/waste/packaging/legis.htm#plastic_bags)

## **EGUH-URTEIL ZUR EINHALTUNG DER STICKSTOFFDIOXID-GRENZWERTE IN DEN MITGLIEDSTAATEN**

Am 19.11.2014 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) die Verpflichtung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinie konkretisiert. Sollte ein Mitgliedstaat nicht in der Lage sein, die seit 01.01.2010 geltenden Grenzwerte für Stickstoffdioxid in der Luft in allen Gebieten einzuhalten, muss in jedem Fall ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt und ein Luftqualitätsplan erstellt werden. Dieser



soll darlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Grenzwerte baldmöglichst einzuhalten und so die europäischen Bürger vor schädlicher Luftverschmutzung zu schützen. Laut des aktuellen EuGH-Urteils gibt es keine Ausnahme von dieser Verpflichtung. Im Falle einer Missachtung dieser Vorgehensweise obliegt es den nationalen Gerichten, Anordnungen an die zuständigen Behörden zu erlassen.

Link zum Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/document/=346554>

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### VERORDNUNG ZU NEUEN TRANSPARENZMASSNAHMEN FÜR ANLEGERINFORMATIONEN VERABSCHIEDET

Am 10.11.2014 hat der Europäische Rat eine Verordnung zu Anlegerinformationen mit Bezug auf Packaged Retail Investment Products (PRIIPs: Anlageprodukte für Kleinanleger), insbesondere bzgl. Investmentfonds, strukturierter Einlagen und Kapitallebensversicherungen verabschiedet. Mit dem Ziel, das Vertrauen der Verbraucher in die Finanzmärkte zurückzugewinnen, sieht diese Verordnung die einheitliche Gestaltung des Formats und des Inhalts der Informationsdokumente durch die Einführung eines EU-weiten standardisierten Informationsblatts mit Basisinformationen (KID: Key Information Document) vor. Dieses soll Angaben über die Eigenschaften des Produkts enthalten sowie darüber, ob der Erwerb möglicherweise zum Verlust von Kapital führen kann. Aufgeführt werden müssen auch die Kosten und das Risikoprofil sowie relevante leistungsbezogene Informationen. Falls zutreffend, können diese Schlüsseldokumente auch darüber Angaben machen, ob das Produkt einen Beitrag für soziale oder umweltrelevante Projekte leistet.

Link zur Verordnung:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=PE%2091%202014%20INIT>

### EUGH-URTEIL ÜBER VERANTWORTUNG DES LEBENSMITTELEINZELHANDELS FÜR DEN VERKAUF VON GEFLÜGELFLEISCH MIT SALMONELLEN

Am 13.11.2014 hat der EuGH klargestellt, dass der Lebensmitteleinzelhandel grundsätzlich dafür sorgen muss, dass frisches Geflügelfleisch nicht mit Salmonellen verseucht ist. Wird kontaminiertes Fleisch entdeckt, kann dem Händler eine Strafe auferlegt werden. Das gilt auch für Händler, die in einem anderen Unternehmen abgepackte Ware verkaufen. Laut zweier EU-Verordnungen muss frisches Geflügelfleisch das für Salmonellen geltende mikrobiologische Kriterium während seiner gesamten Haltbarkeitsdauer und auf allen Vertriebsstufen einschließlich des Einzelhandels erfüllen. Dies gebiete das grundlegende Ziel des EU-Lebensmittelrechts, ein hohes Schutzniveau der Gesundheit der Bevölkerung zu garantieren. Die Mitgliedstaaten müssten nach dem Unionsrecht bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen vorsehen.



Link zum Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/=564288>

## **STUDIE ZU UMWELT, GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT-RELEVANTEN GESETZGEBUNGSBEREICHEN IN DEN TTIP-VERHANDLUNGEN VERÖFFENTLICHT**

Im Auftrag des Ausschusses für Umwelt, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP erarbeitete das Policy Department A „Economic and Scientific Policy“ der Generaldirektion „Internal Policies“ eine Studie, welche die Hauptunterschiede der Gesetzgebung zwischen der EU und den USA in acht für die TTIP-Verhandlungen relevanten Politikbereichen aufzeigt: Humanarzneimittel/ medizinische Produkte, Kosmetika, Lebensmittel, SPS (gesundheits- und pflanzenrechtliche Maßnahmen), Nanomaterialien, Klonen, Rohstoffe/ Energie und Kraftfahrzeuge. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in einigen Bereichen wie z. B. Kosmetika oder Klonen die Differenzen so groß seien, dass sie kaum zu überbrücken wären, was in den unterschiedlichen Risikobewertungen begründet ist. Zu einem anderen Ergebnis kommt der Bericht für die Anwendungsbereiche, in denen die Unterschiede zwischen den Verhandlungspartnern rein technischer Natur sind; hier könnte Konvergenz durch mehr technische Zusammenarbeit und gegenseitige Anerkennung der Umweltregelungen erreicht werden. Auch in den Bereichen, in denen es weder in der EU noch in den USA bindende Regelungen gibt, könnte auf diese Weise Konvergenz erzielt werden.

Link zur Studie:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/536293/IPOL\\_STU%282014%29536293\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/536293/IPOL_STU%282014%29536293_EN.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE**

---

### **EBOLA: EU-AUSSENMINISTER BERATEN ÜBER HILFSMASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER EBOLA-EPIDEMIE**

Die EU-Außenminister berieten am 17.11.2014 in Brüssel, wie die Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie weiter aufgestockt und die Kosten für medizinisches Equipment, Fachpersonal sowie die Hilfe für die Nachbarländer der betroffenen Gebiete gedeckt werden könnten. An der Sitzung nahmen auch der Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement sowie EU-Ebola-Koordinator *Christos Stylianides* und der Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit *Vytenis Andriukaitis* teil; beide hatten in der vorherigen Woche die Krisengebiete bereist und berichteten den Außenministern von den aktuellen Entwicklungen. Sie kündigten an, dass die Kommission weitere 29 Mio. € bereitstellen wird. Davon werden 17 Mio. € in den Transport lebenswichtiger Hilfsgüter und Ausrüstung, die Evakuierung erkrankter internationaler Helfer in europäische Krankenhäuser und die Ausbildung von medizinischen Personal vor Ort



fließen. 12 Mio. € sollen an Nachbarstaaten der betroffenen westafrikanischen Länder gehen, um dort durch Frühwarnmechanismen und Aufklärung einen Ebola-Ausbruch zu verhindern.

Ratsschlussfolgerungen vom 17.11.2014 (englische Fassung):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/145798.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/145798.pdf)

Ebola-Informationsblatt der Kommission (DG ECHO) mit Stand 13.11.2014 (englische Fassung):

[http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/thematic/wa\\_ebola\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/thematic/wa_ebola_en.pdf)

## **EHEALTH-NETZWERK: LEITLINIEN FÜR DIE NUTZUNG VON ELEKTRONISCHEN REZEPTEN**

Das eHealth-Netzwerk hat am 18.11.2014 Leitlinien zu elektronischen Rezepten verabschiedet. In den Leitlinien haben die Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission Rahmenbedingungen festgelegt, um die sichere Nutzung von elektronischen Rezepten zwischen den Ländern zu gewährleisten. Dabei wurde besonders auf die Wahrung des Datenschutzes und die Patientenrechte geachtet; so ist z. B. gemäß den Leitlinien eine Übertragung der Daten nur nach vorheriger Zustimmung der Patienten möglich. Des Weiteren wurde auch die Art der Übertragung definiert, um eine problemlose Anwendung sicherzustellen. Die Umsetzung der Leitlinien ist für die Mitgliedstaaten freiwillig.

Leitlinien für elektronische Rezepte (englische Fassung):

[http://ec.europa.eu/health/ehealth/docs/eprescription\\_guidelines\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/ehealth/docs/eprescription_guidelines_en.pdf)

## **7. EUROPÄISCHER ANTIBIOTIKATAG**

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) richtet jährlich am 18.11. gemeinsam mit der Kommission, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und zahlreichen Interessenträgern den Europäischen Tag der Sensibilisierung für Antibiotikaresistenzen aus. Ziel ist, das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika in der Bevölkerung zu stärken. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung stehen die Gefahren der Selbstmedikation mit Antibiotika, die nur auf ärztliche Verordnung eingenommen werden sollten. Durch eine unsachgemäße Verwendung von Antibiotika kommt es zur Entwicklung antibiotikaresistenter Bakterien, die antibiotikaresistenten Infektionen verursachen. Diese breiten sich weltweit mit alarmierender Geschwindigkeit aus und stellen eine ernsthafte Bedrohung für die menschliche Gesundheit dar.

Informationen zum Europäischen Antibiotiktag (englische Fassung):

<http://www.ecdc.europa.eu/en/eaad/Pages/Home.aspx>



## IUK- UND MEDIENPOLITIK

---

### SPANIEN VERABSCHIEDET „GOOGLE-GESETZ“

Die spanische Regierung verabschiedete am 30.10.2014 als erstes europäisches Land ein Gesetz, das Google und ähnliche Webseiten, die Links zu Zeitungsartikeln setzen, besteuert (EB 03/14). Ziel ist es, Printmedien mit Onlineausgaben dafür zu entschädigen, dass Suchmaschinenbetreiber wie Google durch das Setzen von Links die Auffindbarkeit fremder Inhalte ohne Einwilligung des Urhebers und somit unrechtmäßig erleichtern. Dieses sog. „Google-Gesetz“ soll im Januar 2015 in Kraft treten und könnte anderen EU-Mitgliedstaaten als Beispiel dienen. Google droht nun, das Portal Google News in Spanien zu schließen. Auch *Günther Oettinger*, EU-Kommissar für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, äußerte am 28.10.2014, dass von Google für die Nutzung intellektueller Werte aus der EU eine Abgabe gefordert werden könne. Ein derartiges Gesetz sei aber frühestens 2016 zu erwarten.

Weitere Informationen zum „Google“-Gesetz:

<http://www.mecd.gob.es/prensa-mecd/actualidad/2014/02/20140214-intelectual.html>

### WETTBEWERBSKOMMISSARIN *MARGRETHE VESTAGER* BEZIEHT STELLUNG ZUM KARTELLRECHTSVERFAHREN GEGEN GOOGLE

Am 11.11.2014 äußerte sich die neue Wettbewerbskommissarin *Margrethe Vestager* im ECON-Ausschuss erstmals zum laufenden EU-Kartellrechtsverfahren gegen Google, das wegen des Verdachts des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung eingeleitet wurde. Ihrer Ansicht nach zeichnet sich noch keine Beendigung des Verfahrens ab. Die Platzierung von Onlinediensten verschiedener Konkurrenten in den Suchergebnissen von Google ist bereits seit vier Jahren Gegenstand einer Untersuchung durch die GD Comp (EB 10/14). Im Februar dieses Jahres gab der damalige Kommissar für Wettbewerb *Joaquín Almunia* bekannt, dass die von Google angebotenen Zugeständnisse aus seiner Sicht akzeptabel seien. Nach Beschwerden einiger Konkurrenten teilte er jedoch im September mit, dass der Fall nochmals überprüft werden müsse.

Stellungnahme abrufbar unter:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-14-1646\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-1646_en.htm)

### KONFERENZ DER INTERNATIONALEN FERNMELDEUNION IN SÜDKOREA

Während der Konferenz der Internationalen Fernmeldeunion am 06.11.2014 legten die Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, vier Ziele fest, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen: Weltweit solle allen Bürgern Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien und eine bessere Telekommunikationsinfrastruktur geboten werden. Außerdem solle für jedermann Breitband bereitstehen und





gefährdeten Gruppen Schutz im Internet garantiert werden. Die Union ist zudem der Meinung, dass Onlinesysteme laufend auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden sollten. Die Entwicklung strategischer Partnerschaften und der technologische Fortschritt sollen ebenfalls im Mittelpunkt der Agenda stehen, um zum Wachstum beizutragen. Die Fernmeldeunion und der Internet-Verband unterzeichneten am gleichen Tag eine Vereinbarung im Kampf gegen die Verbreitung von Spam-Mail, die derzeit 80 % des gesamten Mailverkehrs ausmachen.

Website der Internationalen Fernmeldeunion:

[www.itu.int](http://www.itu.int)